

## Stadt Heidelberg

Federführung:  
Dezernat II, Amt für Verkehrsmanagement

Beteiligung:

Betreff:

**Stadteingang Wieblingen Ost**

# Informationsvorlage

### Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen  
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 14. Februar 2011

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Bezirksbeirat Wieblingen	25.11.2010	Ö	( ) ja ( ) nein	
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	19.01.2011	Ö	( ) ja ( ) nein	
Gemeinderat	10.02.2011	Ö	( ) ja ( ) nein	

**Inhalt der Information:**

*Die Mitglieder des Bezirksbeirates Wieblingen, des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses und des Gemeinderates nehmen die Information zur Situation Ortseingang Wieblingen Ost zur Kenntnis.*

## **Sitzung des Bezirksbeirates Wieblingen vom 25.11.2010**

**Ergebnis:** Kenntnis genommen

## **Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 19.01.2011**

**Ergebnis:** Kenntnis genommen

## **Sitzung des Gemeinderates vom 10.02.2011**

**Ergebnis:** Kenntnis genommen

## A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

### 1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

<b>Nummer/n: (Codierung)</b>	<b>+ / - berührt:</b>	<b>Ziel/e:</b>
MO 4		Ausbau und Verbesserung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur
		<b>Begründung:</b> Mit der Aufwertung des Stadteingangs wird o.a. Ziel unterstützt.

### 2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

## B. Begründung:

### 1. Historie

Die Aufwertung des Stadteingangs Wieblingen Ost sollte als 4. Bauabschnitt der Verkehrsberuhigung der Mannheimer Straße stattfinden. Es wurden jedoch schon alle Mittel für die Verkehrsberuhigung der Mannheimer Straße für die vorherigen Bauabschnitte verwendet, die letzten Abschnitte sind deshalb nicht mehr ausgeführt worden.

Der formal noch gültige Beschluss des Gemeinderates vom 11.11.1999 sah im Bereich der Haltestelle Hermann-Treiber Straße den Erhalt der Busbucht vor, jedoch die Oberfläche sollte mit Porphyrgroßpflaster ausgeführt werden. Die Fahrbahn sollte auf 6 m eingeeengt werden. Der diesem Beschluss zugrunde liegende Entwurf entspricht nicht mehr den aktuellen Anforderungen der Barrierefreiheit. Auch die Anforderungen der kinderfreundlichen Verkehrsplanung hinsichtlich der Überquerbarkeit der Straße sind damit nicht erfüllt. Unlängst wurde ein Provisorium in Form einer Überquerungshilfe eingerichtet.

### 2. Weiteres Vorgehen

Somit ist eine Neuplanung für den Gesamtumbau des Haltestellenbereiches und der Verbesserung der Querung der Straße erforderlich, die dann nach Abschluss der ausführungsfähigen Planung frühestens in den Haushalt 2013/2014 eingebracht werden können.

gezeichnet

Bernd Stadel